

März 2012

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Anja Wodrich

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 19. bis 25. März 2012

Das Wichtigste in Kürze

Rechte von ins Ausland entsandten Arbeitnehmern gestärkt

Mit einer Durchsetzungsrichtlinie zur Entsenderichtlinie will die Kommission erreichen, dass die Überwachung verstärkt und die Anwendung der für entsandte Arbeitnehmer geltenden Bestimmungen in der Praxis verbessert wird. Hierzu gehört die Unterbindung von Briefkastenfirmen, welche die Entsendung zur Umgehung von Beschäftigungsvorschriften nutzen.

Ferner stellt die Kommission (Monti II-Verordnung) klar, dass das Recht auf Kollektivmaßnahmen und die Dienstleistungsfreiheit gleichrangig sind. Damit wird auf Urteile des Europäischen Gerichtshofes reagiert. Darüber hinaus enthält der Vorschlag einen neuen Warnmechanismus für grenzüberschreitende Arbeitskämpfe mit gravierenden Auswirkungen. Die Verordnung lässt die nationalen Rechtsvorschriften zum Streikrecht unberührt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/267&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=7479&langId=de> (Richtlinie)

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=7480&langId=de> (Verordnung des Rates)

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=7481&langId=de> (Arbeitsunterlage)

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=471&newsId=1234&furtherNews=yes>

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Kommissionspräsident Barroso gratuliert Gauck zur Wahl

Im Namen der gesamten Kommission hat Kommissionspräsident José Manuel Barroso Joachim Gauck zur Wahl zum deutschen Bundespräsidenten gratuliert. In seinem Schreiben betonte Barroso, dass Gaucks Wahl in eine Zeit historischer Herausforderungen für Europa falle. "Die Überwindung der Staatsschuldenkrise und der Wettbewerbsdruck der Globalisierung stellen uns alle, vor allem aber die europäischen Bürgerinnen und Bürger, auf eine harte Probe." Diese wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen könnten "nur mit europäischer Geschlossenheit und Solidarität" gemeistert werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/252&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Inkrafttreten der Europäischen Bürgerinitiative am 1. April

Am 01.04. tritt die Europäische Bürgerinitiative in Kraft. Sie ermöglicht den EU-Bürgerinnen und -Bürgern zum ersten Mal die unmittelbare Beteiligung an der Entwicklung von Strategien der EU, indem sie die Kommission auffordern, einen Rechtsakt vorzuschlagen.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/terminvorschau_de.htm

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. Verstärkung und Zusammenlegung militärischer Fähigkeiten der EU

Die EU-Verteidigungsminister betonten am 22.03. das dringende Erfordernis, militärische Fähigkeiten zu erhalten und weiterzuentwickeln um die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu stärken. Europäischen Fähigkeitsmängeln solle durch Zusammenführung militärischer Fähigkeiten (Pooling) begegnet werden. Erfreulich seien die dank der Europäischen Verteidigungsagentur EDA erzielten Fortschritte in der Zusammenarbeit bei Luftbetankung, medizinischer Betreuung, Ausbildung (Sprengfallen-Bekämpfung, Hubschrauberausbildung, Lufttransport, Hochgeschwindigkeitsflugzeuge, Marine) und Meeresüberwachung. Durch Zusammenarbeit mit der NATO solle eine unnötige Duplizierung vermieden werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/129161.pdf

2. EU weitete Mandat von EUNAVFOR Atalanta zur Pirateriebekämpfung aus

Der Rat verlängerte am 23.03. das Mandat der Antipiraterie-Operation Atalanta um zwei Jahre bis Dezember 2014. Außerdem werden das Küstengebiet und die Binnengewässer einbezogen. Die EU stellt für das verlängerte Mandat 14.9 Mio. EUR zur Verfügung.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/129216.pdf

3. Leitlinien für Politik der EU gegen Folter aktualisiert

Der Rat beschloss am 23.03. eine Aktualisierung der Leitlinien. Zweck dieser Leitlinien ist es, die Union mit einem Instrumentarium für die Praxis auszustatten, das bei Kontakten mit Drittländern auf allen Ebenen sowie in multilateralen Menschenrechtsorgans verwendet werden kann, damit laufende Bemühungen zur Verhütung und zur Abschaffung von Folter und anderen

Formen von Misshandlung in allen Teilen der Welt unterstützt und verstärkt werden. Im praktischen Teil der Leitlinien werden Mittel und Wege aufgezeigt, wie ein wirksames Eintreten für die Verhütung von Folter und anderen Formen von Misshandlung im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erfolgen kann.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st06/st06129.de12.pdf>

4. Weitere Sanktionen gegen Iran

Der Rat beschloss am 23.03. die Aufnahme weiterer 17 Personen in die Sanktionsliste für Einreiseverbote in die EU und Vermögenseinfrierungen. Damit sind nunmehr 78 Personen betroffen. Außerdem verbot der Rat den Export von Hard- und Software zur Kontrolle von Internet- und Telefonverbindungen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/129215.pdf

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:087:0026:0036:DE:PDF> (Verordnung)

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:087:0085:0089:DE:PDF> (Beschluss)

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:087:0090:0091:DE:PDF> (Beschluss)

b) Außenhandel

Nationale Zollbehörden haften für mangelnde Sorgfalt

Der Europäische Gerichtshof entschied, dass mangelnde Sorgfalt der nationalen Zollbehörden zu einer den Erlass einer Zollschuld rechtfertigenden besonderen Lage führen kann. Dies sei der Fall, wenn die genannten Behörden eine Sicherheit akzeptierten, die nicht ausreicht, um eine Zollschuld abzusichern, die sich aus einer Gesamtheit von externen gemeinschaftlichen Versandverfahren ergibt.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2012-03/cp120030de.pdf>

c) Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe

1. EU besorgt über Lage in Sahel-Zone und Putsch in Mali

Die EU-Außenminister äußerten sich am 23.03. besorgt über die zunehmende Unsicherheit und die verschlechterte Ernährungssituation. Sie verurteilten den Putsch in Mali. Die EU werde sich mit der Afrikanischen Union und der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) abstimmen. Vor dem Hintergrund des Aufstands der Tuareg in Nord-Mali bekräftigten die EU-Außenminister die territoriale Integrität von Mali. Für die von diesem Konflikt betroffene Bevölkerung sollen 9 Mio. EUR bereit gestellt werden. Diese kommen zu den bereits gewährten 123.5 Mio. EUR humanitärer Hilfe für die Sahel-Zone hinzu.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/129222.pdf

2. EU stellt Entwicklungshilfe für Mali ein

Nach dem Staatsstreich am 22.03. verfügte Kommissar Andris Piebalgs die Suspendierung der Entwicklungsaktivitäten der Kommission. Die humanitäre Hilfe ist von dieser Maßnahme nicht betroffen. Für den Zeitraum 2008-2013 stehen Mali 583 Mio. EUR Entwicklungshilfe zu.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/214&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit, Soziales, Chancengleichheit

e-Skills Week 2012: Dein Arbeitsplatz wartet auf Dich

Die Kommission hat am 20.03. die europäische e-Skills Week 2012 gestartet: Institutionen und Unternehmen sollen dazu mobilisiert werden, junge Menschen darüber zu informieren, wie sie digitale Kompetenz erlangen und in der digitalen Wirtschaft Arbeit finden können. 2015 wird für 90 % aller Arbeitsplätze digitale Kompetenz erforderlich sein. 2007 gab es in Europa in der Branche der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) 4,7 Mio. Beschäftigte, bis 2015 wird diese Zahl wahrscheinlich auf 5,26 Mio. steigen. Allgemeiner gesagt soll die Zahl der Arbeitsplätze für hochqualifizierte Personen bis zum Jahr 2020 um 16 Millionen ansteigen, die der Arbeitsplätze für Geringqualifizierte um ca. 12 Millionen abnehmen. Diesem äußerst hohen Qualifizierungsbedarf könne nur mit digitaler Kompetenz entsprochen werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/259&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Gesundheit

1. Projekt zu Problemen bei grenzüberschreitender Gesundheitsversorgung

Mit dem Projekt SSCALA (Social Security Coordination: Activating Local Actors) sollen die Gesundheitsleistungen für Grenzgänger im Raum Frankreich-Belgien-Luxemburg-Deutschland erfasst und verbessert werden. Eine Informationsbroschüre ist bereits erarbeitet worden. Durch eine Umfrage sollen Erkenntnisse zu Problemen gewonnen werden. Das Ergebnis wird politischen Entscheidungsträgern unterbreitet. Hinzu kommt eine Kampagne in den Medien, um auf unterhaltsame Weise das Bewusstsein der Betroffenen zu stärken. Über ein Netzwerk werden Erfahrungen ausgetauscht.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=1242&furtherNews=yes>

2. Antibiotikaresistenzen bei Zoonose-Bakterien

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) haben den zweiten gemeinsamen EU-Bericht über Antibiotikaresistenzen bei Zoonose-Bakterien aus Menschen, Tieren und Lebensmitteln veröffentlicht. Der Bericht, dem Daten zugrunde liegen, die von EU-Mitgliedstaaten für 2010 gesammelt wurden, zeigt, dass Resistenzen gegenüber verschiedenen Antibiotika gewöhnlich bei Zoonose-Bakterien wie *Salmonella* und *Campylobacter* nachgewiesen wurden, welche die Hauptursachen für die gemeldeten lebensmittelbedingten Infektionen in der EU darstellen. Die Häufigkeit von Resistenzen bei Tieren und in Nahrungsmitteln blieb gegenüber den Vorjahren auf ähnlichem Niveau.

<http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/120314.htm>

<http://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/pub/2598.htm>

IV. Ernährung, Landwirtschaft

a) Ernährung

Tierische Lebensmittel sicher

Nach einem von der Kommission am 20.03. veröffentlichten Expertenbericht wiesen im Jahre 2010, ähnlich wie in den drei Vorjahren, nur 0.33 % der Proben illegale Rückstände auf. Kontrolliert wurden Fleisch, Zuchtfisch, Milch, Honig und Eier, aber auch lebende Tiere, Tierfutter und Trinkwasser. Bei den Importen entsprachen 0.76 % nicht EU-Standards

http://ec.europa.eu/food/food/chemicalsafety/residues/control_en.htm

b) Landwirtschaft

Internationale Pflanzenschutzkonvention

Die EU-Agrarminister anerkannten am 19./20.03. die Internationale Pflanzenschutzkonvention im Rahmen der WTO als das globale Instrument für internationale Zusammenarbeit beim Pflanzenschutz und als Grundlage für internationale Standards beim Pflanzenschutz. Diese Aktivitäten sind nach dem Willen der Minister zu verstärken.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/129039.pdf

V. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt und Verbraucherschutz

1. Mitteilungspflicht für Aktiengesellschaften auch bei Zwischenschritten

Nachdem die Daimler AG am 28. Juli 2005 im Wege der Ad-hoc-Mitteilung bekannt gegeben hatte, dass ihr damaliger Vorstandsvorsitzender Prof. Schrempp vorzeitig zum Jahresende ausscheiden werde und Dr. Zetsche neuer Vorstandsvorsitzender werden solle, stieg der Kurswert der Aktien der Daimler AG deutlich an. Herr Gelth, der Aktien an der Daimler AG besaß, hatte seine Aktien vor dieser Ad-hoc-Mitteilung verkauft und macht jetzt als "Musterkläger" Schadensersatz nach dem Wertpapierhandelsgesetz gegen das Unternehmen geltend, weil die Ad-hoc-Mitteilung zu spät erfolgt sei. Der Bundesgerichtshof ersucht den Gerichtshof in diesem Zusammenhang um Auslegung der zugrunde liegenden Richtlinie 2003/6 über Insidergeschäfte und Marktmanipulation.

Generalanwalt Paolo Mengozzi kam in seinen Schlussanträgen zu dem Ergebnis, dass, wenn bei einem zeitlich gestreckten Vorgang, bei dem über mehrere Zwischenschritte ein bestimmter Umstand verwirklicht oder ein bestimmtes Ereignis herbeigeführt werden soll, auch Tatsacheninformationen über Zwischenschritte, die bereits existieren oder eingetreten sind und die mit der Verwirklichung des künftigen Umstands oder Ereignisses verknüpft sind, als präzise Informationen und damit Insider-Informationen anzusehen sein können. [Detailinformationen C-19/11](#)

2. Pressegespräch mit Kommissar Barnier am 26. März in Berlin

Die Vertretung der Kommission in Berlin lädt am 26.03. zum Pressegespräch mit Binnenmarktkommissar Barnier ein. In seine Zuständigkeit fallen nicht nur die neuen Regeln für die Finanz-

märkte, sondern auch Initiativen für mehr Wachstumschancen für Unternehmen. Das Thema lautet „Neues Wachstum im EU-Binnenmarkt.“

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/terminvorschau_de.htm

b) Steuern

1. Höhere Erbschaftsteuer auf Beteiligung an einer Drittstaatsgesellschaft

Generalanwältin Verica Trstenjak kam zu dem Ergebnis, dass die höhere deutsche Erbschaftsteuer auf Beteiligungen an Gesellschaften in Drittstaaten zulässig sei. Die Klägerin könne sich nicht auf die auch im Verhältnis zu Drittstaaten geltende Kapitalverkehrsfreiheit berufen, um in den Genuss der fraglichen Steuervergünstigungen zu kommen. Der rechtliche Maßstab, an dem die Vereinbarkeit der streitigen Steuerregelung mit dem Unionsrecht zu messen sei, sei nämlich allein die Niederlassungsfreiheit. Auf jene könne sich Frau Scheunemann jedoch nicht berufen, weil der grenzüberschreitende Bezug vorliegend ausschließlich gegenüber Kanada als Drittstaat bestehe. [Detailinformationen C-31/11](#)

2. Kommissar Šemeta erhielt Auszeichnung für Umweltpolitik

Steuerkommissar Algirdas Šemeta erhielt am 23.03. in Berlin den Adam-Smith-Preis für seinen Einsatz für mehr Energieeffizienz und umweltfreundlichere Erzeugnisse. Damit würdigt das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft seinen Einsatz für die Umgestaltung der Besteuerung von Energieerzeugnissen. Im letzten Jahr hat die Kommission Regelungen zur Besteuerung von Energieerzeugnissen nach ihren CO₂-Emissionen und ihrem Energiegehalt vorgeschlagen.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10548_de.htm

<http://www.foes.de/veranstaltungen/adam-smith-preis/?lang=en>

3. Belgien muss diskriminierende Einkommensteuerregeln beseitigen

Die Kommission hat Belgien förmlich aufgefordert, seine regionalen und föderalen Steuervorschriften zu ändern. Diese diskriminieren gebietsfremde Steuerpflichtige, die ihr Einkommen vollständig oder nahezu vollständig in Belgien erzielen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/281&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

c) Wettbewerbsrecht

Kommission genehmigt Beihilfen zugunsten der Royal Mail Group

Die Kommission hat die Pläne der britischen Regierung genehmigt, die Royal Mail Group (RMG) von nicht wettbewerbsüblichen Pensionskosten, die aus der Zeit ihrer Monopolstellung stammen, zu entlasten und der RMG eine Umstrukturierungsbeihilfe in Form eines Schuldenerlasses in Höhe von 1089 Mio. GBP (rund 1311 Mio. EUR) zu gewähren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/260&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. EU-Maschinenbau ist weiter auf Wachstumskurs

Trotz Schuldenkrise hat sich der europäische Maschinenbau weltweit behauptet und bemerkenswerte Zuwächse verzeichnet. Dies ist das Fazit einer am 22.03. von der Kommission vorgestellten Studie. Allein 2010 hat die Branche im weltweiten Handel um drei Prozent im Vergleich zu 2000 zugelegt. Der europäische Anteil am internationalen Handel betrug insgesamt 37,2 Prozent und ist damit ein Schwergewicht im Verhältnis zu seinen Konkurrenten in den USA und in Japan, die Einbrüche von 25,6 auf 17,4 und 21,3 auf 15,6 Prozent verkraften mussten. Wachsende Konkurrenz kommt aus China: verzeichnete das Land in 2000 noch drei Prozent Anteil am internationalen Handel, ist dieser inzwischen auf insgesamt 13 Prozent gestiegen.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10545_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/297&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/204&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Intensivierung der Zusammenarbeit im Ostseeraum

Die Kommission hat am 23.03. eine Mitteilung über die erste ihrer makroregionalen Strategien, die Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum ([EUSBSR](#)), veröffentlicht. Die Zusammenarbeit soll auf drei neue Schwerpunkte ausgerichtet werden: „Rettung der Ostsee“, „Anbindung der Region“ und „Steigerung des Wohlstands“. Die Mitteilung enthält strategieübergreifende Ziele und Indikatoren, die auf diese Ziele ausgerichtet sind, und regt die Festsetzung weiterer Ziele in den einzelnen Bereichen an. Darüber hinaus wird beschrieben, wie alle Beteiligten ihr gemeinsames Vorgehen optimieren können, indem sie ihre Maßnahmen und die verfügbaren Finanzmittel stärker abstimmen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/299&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperate/baltic/index_en.cfm

b) Energie

Gemeinschaftsunternehmen Yamal LNG durch Total and Novatek

Die Kommission billigte am 20.03. die gemeinsame Kontrolle der russischen Yamal LNG durch die französische Total und die russische Novatek.

c) Währung und Finanzen

1. Erhöhung der Ausleihkapazität des Euro-Rettungsfonds auf 740 Mrd. EUR

Nach einem Options Note genannten Arbeitspapier für das informelle Treffen der EU-Finanzminister am 30./31.03., das Dow Jones Newswires vorliegt, ist die Verschmelzung der beiden Euro-Rettungsschirme EFSF und ESM die beste Alternative. Demnach sollten die ungenutzten EFSF-Garantien in Höhe von 240 Mrd. EUR in ESM-Kapital umgewandelt werden. "Die neue Ausleihkapazität des ständigen Rettungsmechanismus ESM würde permanent auf 740 Milliarden Euro steigen", schrieben die Fachleute der EU. Für die vollständige Verbindung von ESM

und EFSF müssten die Staaten aber mehr Kapital einzahlen als bisher für den ESM vorgesehen. Dies erfordere die Zustimmung der nationalen Parlamente.

<http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2012-03/23072064-eu-empfehl-verschmelzung-der-beiden-euro-rettungsschirme-015.htm>

2. Sitzung des Rats der Europäischen Zentralbank am 4. April

Auf dieser ersten Sitzung des EZB-Rats im April werden wie üblich die geldpolitischen Entscheidungen getroffen. Beobachter rechnen mit keinen Leitzinsänderungen in absehbarer Zeit.

<http://www.ecb.int/events/calendar/mgchg/html/index.en.html>

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. Beobachtungsstelle für Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums,

Nach Einigung mit dem EP in erster Lesung verabschiedete der Rat am 22.03. die Verordnung zur Übertragung von Aufgaben, die die Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums betreffen, einschließlich der Zusammenführung von Vertretern des öffentlichen und des privaten Sektors im Rahmen einer Europäischen Beobachtungsstelle für Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums, auf das Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle).

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/pe00/pe00080.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st07/st07644-ad01.de12.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st07/st07644.de12.pdf>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/207&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (PM Kommission)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/208&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Unionsrechtsakte dürfen sich nicht widersprechen

Das Europäische Gericht erklärte die Entscheidung der Kommission für nichtig, mit der die Rückerstattung der von Frankreich, Irland und Italien für die Tonerdegewinnung gewährten und vom Rat genehmigten Steuerbefreiungen angeordnet wurde. Unionsrechtsakte dürften sich nicht widersprechen und müssten dem Grundsatz der Rechtssicherheit genügen.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2012-03/cp120028de.pdf> (PM EuGH)

3. Ausschreibung von Preis für innovative Justizpraktiken

Die Kommission und der Europarat lancierten die Ausgabe 2012 des "Crystal Scales of Justice" Preises. Bis 30.06. können innovative Praktiken aus dem Bereich der Ziviljustiz für die Auszeichnung mit den „Kristallschalen der Justiz“ eingereicht werden.

http://ec.europa.eu/justice/newsroom/civil/events/121025_en.htm

b) Inneres

Feierliche Eröffnung der neuen EU-Agentur für IT-Großsysteme

Am 22.03. ist in der estnischen Hauptstadt Tallinn im Beisein des für Inneres zuständigen Kommissionsmitglieds Cecilia Malmström eine neue Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen eröffnet worden. Hauptaufgabe der Agentur ist vor allem sicherzustellen, dass das Visa-Informationssystem (VIS) und Eurodac rund um die Uhr in Betrieb sind. Die Agentur soll ab Dezember 2012 voll arbeitsfähig sein.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/258&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/197&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

VIII. Umwelt

1. Zypern wegen Missachtung von Umweltrecht vor dem Gerichtshof

Die Kommission bringt Zypern vor den Europäischen Gerichtshof, da das Land es versäumt hat, Maßnahmen zu ergreifen, um Verstöße gegen die EU-Umweltschutzvorschriften als Straftaten einzustufen und zu ahnden. Die Frist für die Umsetzung der [Richtlinie 2008/99/EG](#) über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt war der 26. Dezember 2010. Zypern hat jedoch noch immer nicht die für die Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht notwendigen Maßnahmen erlassen. Im Einklang mit dem Vertrag von Lissabon wird die Kommission beim Gerichtshof die Verhängung eines täglichen Zwangsgelds in Höhe von 5909,40 EUR beantragen, bis die für eine vollständige Umsetzung der Richtlinie erforderlichen innerstaatlichen Maßnahmen erlassen sind.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/296&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Strengere Vorschriften für das Abwracken von Schiffen

Der Vorschlag der Kommission (in Form einer Verordnung) sieht eine Besichtigungs-, Zertifizierungs- und Zulassungsregelung für große Handelsseeschiffe vor, die unter der Flagge eines EU-Mitgliedstaates fahren, und deckt den gesamten Lebenszyklus dieser Schiffe (von Bau über Betrieb bis hin zum Abwracken) ab. Die Regelung baut auf dem Übereinkommen von Hongkong über das sichere und umweltverträgliche Recycling von Schiffen auf, das 2009 angenommen wurde. Um das formelle Inkrafttreten des Hongkong-Übereinkommens zu beschleunigen, hat die Kommission am 23.03. auch einen Beschlussentwurf vorgelegt, mit dem die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, das Übereinkommen zu ratifizieren. Europäische Schiffe dürfen nur in Anlagen verschrottet werden, die auf der Liste zugelassener Abwrackwerften stehen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/310&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/environment/waste/ships/pdf/Ship_Recycling_reg_de.pdf (Verordnung)

http://ec.europa.eu/environment/waste/ships/pdf/council_decision_de.pdf (Entscheidung)

<http://ec.europa.eu/environment/waste/ships/pdf/Impact%20Assessment.pdf> (Impact Assessment)

IX. Verkehr

Überprüfung der Sicherheit von Passagierschiffen

Die Kommission berichtete am 22.03. im Rat Verkehr über ihre Pläne für eine umfassende Revision der Regelungen für die Sicherheit von Passagierschiffen. Sie werde zum Jahresende entsprechende Vorschläge unterbreiten. Ferner werde sie mit der Internationalen Seefahrtsorganisation (IMO) zusammen Standards ausarbeiten und freiwillige Maßnahmen der Seefahrt fördern. Einige Delegationen mahnten, dass erst nach Abschluss der Untersuchungen zum Unfall der Costa Concordia vom 13.01. vor der Insel Giglio (Italien) Neuerungen beschlossen werden sollten.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/12/st07/st07710.en12.pdf>

X. Medien und Informationsgesellschaft

Ungarn wegen Sondersteuer für Telekom-Betreiber verklagt

Die Kommission hat am 22.03. beschlossen, Ungarn vor dem Gerichtshof der EU zu verklagen, da es nach wie vor eine Sondersteuer auf den Umsatz von Telekom-Betreibern erhebt und damit EU-Recht verletzt. Diese Steuer war Teil einer „Krisensteuer“, die im Oktober 2010 für drei große Wirtschaftszweige (Einzelhandel, Telekommunikation und Energie) eingeführt wurde, um die Haushaltslage zu verbessern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/286&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

XI. Bildung, Forschung, Kultur

a) Bildung und Sport

Preisverleihung des EU-Wettbewerbs für junge Übersetzer am 27. März

Am 27.03. werden die 27 Gewinnerinnen und Gewinner des jährlichen Schülerwettbewerbs der Europäischen Kommission „Juvenes Translatores“ (junge Übersetzer) von EU-Kommissarin Androulla Vassiliou, zuständig für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend, prämiert. Die Gewinner aus jedem EU-Mitgliedstaat erhalten jeweils eine Auszeichnung und ein Diplom. Die deutsche Gewinnerin Sara kommt vom Goethe-Gymnasium in Bensheim.

http://ec.europa.eu/translatores/index_de.htm

b) Forschung

Europa-Mittelmeer-Konferenz zu Forschung und Innovation

Am 02./03.04. findet die Europa-Mittelmeer-Konferenz zu Forschung und Innovation in Barcelona statt.

http://ec.europa.eu/research/conferences/2012/euro-mediterranean/index_en.cfm?pg=home

c) Kultur

Kunststätte Bossard in Lüneburger Heide erhält Kulturerbe-Preis

Die Kommission und der europäische Dachverband Europa Nostra haben am 20.03. die diesjährigen Gewinner des Preises der Europäischen Union für das Kulturerbe („[European Union Prize for Cultural Heritage/Europa Nostra Awards](http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/254&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en)“) bekanntgegeben. Die Auszeichnungen werden am 1. Juni anlässlich einer Feierstunde im Jerónimos-Kloster in Lissabon verliehen. Einziger deutscher Preisträger ist die Kunststätte Bossard in der Lüneburger Heide. Die niedersächsische Kunsteinrichtung erhält den Preis für die Restaurierung der 26 Wandtafeln des „Zweiten Tempelzyklus“ des Hamburger Künstlers Johann Bossard in Jesteburg.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/254&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>